

Inhaltsübersicht

TEIL 1: Die Rechtsgeschäftslehre des BGB

1. Kapitel: Die Privatautonomie

§ 1 Begriff, Funktionen und rechtliche Verfassung der Privatautonomie	1
I. Der Begriff der Privatautonomie	1
II. Die Funktionen der Privatautonomie	2
III. Die rechtliche Verfassung der Privatautonomie	3
§ 2 Die Akteure der Privatautonomie: Rechtssubjekte (Personen)	15
I. Natürliche Personen	15
II. Juristische Personen	19
III. „Verbraucher“ (§ 13 BGB) und „Unternehmer“ (§ 14 BGB)	20
§ 3 Die Gegenstände der Privatautonomie: Rechtsobjekte	21
I. Sachen	22
II. Rechte	25
§ 4 Die Instrumente der Privatautonomie: Rechtsgeschäfte und Willenserklärungen	30
I. Rechtsgeschäfte	30
II. Willenserklärungen	43
III. Das Verhältnis von Willenserklärung und Rechtsgeschäft zueinander	53

2. Kapitel: Willenserklärungen

Vorbemerkung	57
§ 5 Der Tatbestand der Willenserklärung	57
I. Der objektive Tatbestand der Willenserklärung	57
II. Subjektive Tatbestandsmerkmale?	61
III. Die Ermittlung des rechtlich maßgeblichen Inhalts der Erklärung durch Auslegung	65
§ 6 Die Wirksamkeit der Willenserklärung	73
I. Grundlagen	73
II. Wirksamkeitserfordernisse	75
III. Wirksamkeitshindernisse (Nichtigkeitsgründe)	89
IV. Ausgrenzung von Fragen, die nicht die Wirksamkeit von Willenserklärungen betreffen	99
§ 7 Die Wirkungen der Willenserklärung	108
I. Das Zustandekommen des Rechtsgeschäfts als Wirkung der Willenserklärung(en)	108

Inhaltsübersicht

II. Die Bindung an den Antrag im Unterschied zu der Bindung an den Vertrag	109
III. Die Gebundenheit an die Erklärung in § 355 Abs. 1 Satz 1 BGB	109

3. Kapitel: Verträge

Vorbemerkung	111
§ 8 Das Zustandekommen von Verträgen	112
I. Die auf den Abschluss des Vertrages gerichteten Willenserklärungen	112
II. Konsens und Dissens	139
III. Der Inhalt des Vertrages	150
IV. Die Bedeutung eines kaufmännischen Bestätigungsschreibens für Zustandekommen und Inhalt eines Vertrages	156
V. Der Verbraucherschutz beim Zustandekommen von Verträgen	160
§ 9 Die Wirksamkeit des Vertrages	164
I. Grundlagen	164
II. Wirksamkeitserfordernisse	167
III. Wirksamkeitshindernisse (Nichtigkeitsgründe)	196
IV. Rechtliche Erheblichkeit nichtiger Verträge	229
§ 10 Die Wirkungen des Vertrages	233
I. Der gesetzliche Regelfall	234
II. Vertragliche Vereinbarungen über Beginn und Ende der Wirkungen des Vertrages	234
III. Eintritt und Ausfall von Bedingungen	238
IV. Rechtliche Regelungen zur Schwebezeit	239
V. Die Wirkungen des Vertrages als Sanktionsebene gesetzlicher Regelungen	241

4. Kapitel: Einseitige Rechtsgeschäfte

§ 11 Überblick	243
I. Definition und Beispiele einseitiger Rechtsgeschäfte	243
II. Arten einseitiger Rechtsgeschäfte	244
III. Die Dogmatik einseitiger Rechtsgeschäfte	245
§ 12 Zustimmung und Verweigerung der Genehmigung	254
I. Grundlagen	254
II. Die Einwilligung	255
III. Die Genehmigung	260
IV. Die Verweigerung der Genehmigung	261
§ 13 Die Erteilung von Vollmacht	262
I. Grundlagen	262
II. Die Erklärung der Bevollmächtigung	263
III. Die Wirksamkeit der Bevollmächtigung	265
IV. Die Wirkungen der Bevollmächtigung	269
V. Der Widerruf der Vollmacht	270

§ 14 Die Anfechtung	271
I. Die Erklärung der Anfechtung	272
II. Die Wirksamkeit der Anfechtung	275
III. Die Wirkung der Anfechtung	302

5. Kapitel: Schadensersatzansprüche aus rechtsgeschäftlichem Verhalten

Vorbemerkungen	307
I. Die Besonderheiten der Haftung gemäß § 122 und § 179 BGB	307
II. Die Haftung für Verschulden beim Vertragsschluss (culpa in contrahendo)	308
§ 15 Die Haftung des Anfechtenden gemäß § 122 BGB	308
I. Tatbestandliche Voraussetzungen gemäß § 122 Abs. 1 BGB	308
II. Hindernisse	309
III. Inhalt und Umfang des Ersatzanspruchs	310
IV. Die analoge Anwendung des § 122 BGB	313
§ 16 Die Haftung des Vertreters ohne Vertretungsmacht gemäß § 179 BGB	314
I. Grundlagen	314
II. Die Haftung auf Erfüllung oder das Erfüllungsinteresse (§ 179 Abs. 1 BGB)	317
III. Die Haftung auf den Vertrauensschaden (§ 179 Abs. 2 BGB)	320
IV. Die entsprechende Anwendung des § § 179 BGB	320
§ 17 Die Haftung aus culpa in contrahendo gemäß §§ 280 Abs. 1, 311 Abs. 2 und 3, 241 Abs. 2 BGB	321
I. Grundlagen	321
II. Tatbestandliche Voraussetzungen und Hindernisse der Haftung	322
III. Kausalität der Pflichtverletzung für den eingetretenen Schaden	333
IV. Ersatzfähigkeit des geltend gemachten Schadens	334
V. Inhalt und Umfang des Ersatzanspruchs	335

6. Kapitel: Die Verjährung von Ansprüchen

§ 18 Grundlagen	339
I. Gegenstand und Wirkung der Verjährung	339
II. Funktionen der Verjährung	340
III. Regelungstechniken der Verjährung	340
§ 19 Die regelmäßige Verjährungsfrist und andere Fristen	343
I. Die regelmäßige Verjährungsfrist (§§ 195, 199 BGB)	343
II. Andere Verjährungsfristen (§ 200 BGB)	347

7. Kapitel: Allgemeine Geschäftsbedingungen

§ 20 Grundlagen des AGB-Rechts	349
I. Definition der AGB	349
II. Funktionen von AGB	352

Inhaltsübersicht

III. Vorteile von AGB für den Verwender	352
IV. Gefahren von AGB für den Kunden	353
V. Die Entwicklung eines eigenständigen AGB-Rechts	354
§ 21 Die rechtliche Kontrolle von AGB	354
I. Die Einbeziehung von AGB in den Vertrag	355
II. Die rechtlich maßgebliche Bedeutung von AGB	361
III. Die Unwirksamkeit von AGB (§§ 307 ff BGB)	363
IV. Die Rechtsfolgen der Nichteinbeziehung und der Unwirksamkeit von AGB	368

TEIL 2: Die Rechtsgeschäftslehre in der Methodik der Fallbearbeitung

8. Kapitel: Methoden

§ 22 Die Arbeit am Fall: Die Gutachtenmethode	371
I. Grundlagen	371
II. Von der Rechtsfolgenanordnung zurück zu deren Voraussetzungen	372
III. Der Aufbau des Gutachtens: Die Prüfung am richtigen Ort	374
IV. Überflüssiges ist falsch	377
V. Die sprachliche Gestaltung des Gutachtens	378
§ 23 Die Arbeit am Gesetz: Grundwissen Methodenlehre	381
I. Was leistet die Methodenlehre – was leistet sie nicht?	381
II. Die Subsumtion	382
III. Die Auslegung des Gesetzes	383
IV. Rechtsfortbildung	394
V. Regelungstechniken des Gesetzes	400
VI. Juristische Schlusstechniken	405
VII. Die Lehre von den Konkurrenzen	407

9. Kapitel: Einzelne Rechtsgebiete in der Methodik der Fallbearbeitung

Vorbemerkung	409
§ 24 Das Trennungs- und Abstraktionsprinzip in der Fallbearbeitung	409
I. Die typischen Fallkonstellationen	409
II. Anspruchsgrundlagen und Prüfungsreihenfolge	410
III. Die dingliche Ebene: Der Herausgabeanspruch gemäß § 985 BGB („Vindikation“)	410
IV. Die obligatorische Ebene: Der Herausgabeanspruch gemäß § 812 Abs. 1 Satz 1 Var. 1 BGB (Leistungskondiktion)	414
§ 25 Die Entstehung vertraglicher Erfüllungsansprüche in der Fallbearbeitung	417
I. Die Anspruchsgrundlage	417
II. Das Zustandekommen des Vertrages	418
III. Die Wirksamkeit des Vertrages	421
IV. Die Wirkungen des Vertrages	422

§ 26 Das Recht der beschränkten Geschäftsfähigkeit in der Fallbearbeitung	422
I. Verträge Minderjähriger	422
II. Einseitige Rechtsgeschäfte	426
§ 27 Das Recht der Stellvertretung in der Fallbearbeitung	428
I. Kennzeichen und Probleme herkömmlicher Darstellungen	428
II. Das Gegenmodell einer gestreckten Prüfung von Stellvertretungsfragen	429
§ 28 Das Recht der Willensmängel in der Fallbearbeitung	435
I. Das Recht der Anfechtung in der Fallbearbeitung	435
II. Scheinerklärung (§ 117 Abs. 1 BGB) und Scheingeschäft (§ 117 Abs. 2 BGB) in der Fallbearbeitung	441
§ 29 Formvorschriften in der Fallbearbeitung	442
I. Verträge	443
II. Einseitige Rechtsgeschäfte	445
§ 30 Fallsammlung	446

ANHANG

§ 31 Begriffe, Definitionen, Erläuterungen	459
Sachverzeichnis	467
Gesetzesregister	477

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abgekürzt zitiertes Schrifttum	XXXVII

TEIL 1: Die Rechtsgeschäftslehre des BGB

Vorbemerkung	1
--------------------	---

1. Kapitel: Die Privatautonomie

§ 1 Begriff, Funktionen und rechtliche Verfassung der Privatautonomie	1
I. Der Begriff der Privatautonomie	1
II. Die Funktionen der Privatautonomie	2
1. Selbstbestimmung der Einzelnen	2
a. Vertragsfreiheit	2
b. Testierfreiheit	3
2. Dezentrale Organisation des Güter- und Leistungsaustausches	3
III. Die rechtliche Verfassung der Privatautonomie	3
1. Die Notwendigkeit einer rechtlichen Verfassung der Privatautonomie	3
2. Die Ausgestaltung der Privatautonomie durch die Rechtsordnung	4
a. Die Verfassung	4
b. Einfachgesetzliche Regelungen	5
aa. Das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB)	5
(1) Entstehungsgeschichte	5
(2) Regelungsinhalte des BGB	7
(3) Sprache und Regelungsstil des BGB	8
bb. Weitere gesetzliche Regelungen	9
3. Selbstbestimmung und Verkehrsbedürfnisse	10
4. Schranken der Privatautonomie	11
a. Kontrahierungszwang	11
b. Typenzwang von Rechtsgeschäften	12
c. Inhaltskontrolle von Verträgen	13
§ 2 Die Akteure der Privatautonomie: Rechtssubjekte (Personen)	15
I. Natürliche Personen	15
1. Die Rechtsfähigkeit	15
2. Die Geschäftsfähigkeit	16
a. Der Begriff der Geschäftsfähigkeit	16
b. Die Geschäftsunfähigkeit	16

c. Die beschränkte Geschäftsfähigkeit	17
d. Die Teilgeschäftsfähigkeit	18
3. Die Verschuldensfähigkeit	18
II. Juristische Personen	19
III. „Verbraucher“ (§ 13 BGB) und „Unternehmer“ (§ 14 BGB)	20
1. Verbraucher (§ 13 BGB)	20
2. Unternehmer (§ 14 BGB)	21
3. Die Kurzbezeichnungen für Verträge: B2B, B2C, C2C	21
§ 3 Die Gegenstände der Privatautonomie: Rechtsobjekte	21
I. Sachen	22
1. Begriff	22
2. Besitz und Eigentum	23
3. Die Übereignung von Sachen	23
II. Rechte	25
1. Begriff	25
2. Absolute Rechte	25
a. Eigentum	25
b. Persönlichkeitsrechte	25
3. Relative Rechte	26
a. Ansprüche	26
aa. Die Entstehung von Ansprüchen: Anspruchsgrundlagen	26
(1) Gesetzliche Anspruchsgrundlagen	27
(2) Verträge als Anspruchsgrundlage	27
bb. Die Übertragung von Ansprüchen und sonstigen Rechten	27
cc. Der Fortfall von Ansprüchen	27
dd. Die Durchsetzbarkeit von Ansprüchen	28
(1) Die Unterscheidung zwischen dem Bestehen und der Durchsetzbarkeit von Ansprüchen	28
(2) Leistungsverweigerungsrechte	28
b. Gestaltungsrechte	28
4. Anhang: Einwendungen und Einreden	29
§ 4 Die Instrumente der Privatautonomie: Rechtsgeschäfte und Willens- erklärungen	30
I. Rechtsgeschäfte	30
1. Das Rechtsgeschäft im Unterschied zu rechtlich relevantem Verhalten nicht rechtsgeschäftlicher Art	30
a. Wirkungen und Definition des Rechtsgeschäfts	30
b. Abgrenzungen	31
aa. Realakte	31
bb. Geschäftsähnliche Handlungen	31
cc. Rechtlich relevantes Verhalten mit rechtsgeschäftsgleichen Wirkungen	31
2. Einteilung der Rechtsgeschäfte	32
a. Einseitige Rechtsgeschäfte und mehrseitige Rechtsgeschäfte	32
aa. Einseitige Rechtsgeschäfte	32
bb. Mehrseitige Rechtsgeschäfte, insbesondere Verträge	32
cc. Der Bezug der Unterscheidung „einseitig/mehrseitig“ auf Rechtsgeschäfte, nicht auf Willenserklärungen	33

b. Verpflichtungsgeschäfte und Verfügungsgeschäfte	33
aa. Verfügungsgeschäfte	34
bb. Verpflichtungsgeschäfte	35
cc. Das Verhältnis von Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäft zu- einander am Beispiel des Erwerbs einer Sache	36
(1) Das Trennungsprinzip	37
(2) Das Abstraktionsprinzip	37
c. Entgeltliche und unentgeltliche Rechtsgeschäfte	39
aa. Entgeltliche Rechtsgeschäfte	39
bb. Unentgeltliche Rechtsgeschäfte	40
(1) Die Schenkung	40
(a) Die Versprechensschenkung	40
(b) Die Handschenkung	41
(2) Sonstige unentgeltliche Rechtsgeschäfte	41
cc. Die Unanwendbarkeit des Kriteriums der Entgeltlichkeit auf Verfügungsgeschäfte	42
d. Kausale und abstrakte Rechtsgeschäfte	43
II. Willenserklärungen	43
1. Definition der Willenserklärung	43
2. Die Beschränkung der Wirkungen einer Willenserklärung auf das Zustandekommen des Rechtsgeschäfts	43
3. Die Abgabe von Willenserklärungen im eigenen Namen und im fremden Namen	44
a. Erklärungen im eigenen Namen	44
b. Erklärungen in fremdem Namen: Stellvertretung beim Rechts- geschäft	45
aa. Das Handeln in fremdem Namen als Definitionsmerkmal der Stellvertretung	45
(1) Abgrenzungen	45
(a) Abgrenzung zum Boten	45
(b) Abgrenzung zum mittelbaren Stellvertreter	46
(c) Aktive und passive Stellvertretung	46
(2) Die Ausgrenzung von Fragen der Vertretungsmacht aus dem Begriff der Stellvertretung	46
bb. Die Repräsentationstheorie als Grundlage der gesetzlichen Regelung des Handelns in fremdem Namen	47
(1) Geschäftsherrntheorie und Repräsentationstheorie	47
(2) § 166 Abs. 1 BGB als gesetzlich geregelter Fall einer Wissenszurechnung?	49
(3) Rechtsgeschäft des Vertreters oder des Vertretenen?	50
cc. Die Voraussetzungen des Handels in fremdem Namen	50
(1) Die Fremdbezogenheit der Erklärung	51
(2) Bezug auf „denjenigen, den es angeht“	51
dd. Die praktische Bedeutung der Stellvertretung beim Rechts- geschäft	52
c. Erklärungen unter fremdem Namen	52
III. Das Verhältnis von Willenserklärung und Rechtsgeschäft zueinander	53
1. Herkömmliche Darstellungen: Die Willenserklärung als Bestandteil des Rechtsgeschäfts	54

2. Abweichender Standpunkt: Die Willenserklärung als das Mittel zum Rechtsgeschäft	54
--	----

2. Kapitel: Willenserklärungen

Vorbemerkung	57
§ 5 Der Tatbestand der Willenserklärung	57
I. Der objektive Tatbestand der Willenserklärung	57
1. Definitionsmerkmale des objektiven Tatbestandes einer Willenserklärung	57
a. Die Vornahme eines Rechtsgeschäfts als Sinn der Erklärung	57
aa. Ausgangspunkt	57
bb. Erweiterung	58
cc. Einschränkung	58
b. Die Ausklammerung von Fragen der Wirksamkeit der Erklärung	59
2. Ausgrenzungen	59
a. Verabredungen im außerrechtlichen Bereich, insbesondere: Gefälligkeiten	59
b. Äußerungen im Vorfeld rechtsgeschäftlicher Erklärungen	61
II. Subjektive Tatbestandsmerkmale?	61
1. Die herkömmliche Sicht	61
2. Kritik	62
3. Die Irrelevanz subjektiver Tatbestandsmerkmale in der Anwendung der gesetzlichen Vorschriften zu Willenserklärungen	64
a. Geschäftswille	64
b. Erklärungsbewusstsein	64
c. Handlungswille	65
III. Die Ermittlung des rechtlich maßgeblichen Inhalts der Erklärung durch Auslegung	65
1. Die Notwendigkeit der Auslegung	65
2. Ziele und Zielkonflikte der Auslegung von Willenserklärungen	66
3. „Natürliche“ und „normative“ Auslegung	67
4. Die Auslegungsregeln im Einzelnen	68
a. Nicht empfangsbedürftige Willenserklärungen	68
b. Empfangsbedürftige Willenserklärungen	68
5. Auslegungshilfen	71
a. Entstehungsgeschichte der Willenserklärung	71
b. Zweck der Willenserklärung und zugrunde liegende Interessenlage	72
c. Selbstinterpretation durch nachträgliches Verhalten	73
§ 6 Die Wirksamkeit der Willenserklärung	73
I. Grundlagen	73
1. Der Begriff der Wirksamkeit der Willenserklärung	73
2. Die Unterscheidung zwischen Wirksamkeitserfordernissen und Wirksamkeitshindernissen der Willenserklärung	74
II. Wirksamkeitserfordernisse	75
1. Zugang empfangsbedürftiger Erklärungen	75
a. Die einem anderen gegenüber abzugebenden Erklärungen	75

aa. Die Empfangsbedürftigkeit	75
bb. Der andere	76
b. Der Zugang	77
aa. Zugang unter Abwesenden	77
(1) Die Entscheidung des Gesetzgebers zugunsten der „Empfangstheorie“	77
(2) Die Definition des Zugangs	78
(a) Der Bereich des Empfängers	78
(b) Der maßgebliche Zeitpunkt	79
(aa) Der Zeitpunkt der tatsächlichen Kenntnisnahme	79
(bb) Der Zeitpunkt der zumutbaren Kenntnisnahme	79
(cc) Die rechtliche Maßgeblichkeit des früheren Zeitpunkts	80
(3) Die Risikoverteilung	81
(a) Das Risiko verspäteter Kenntnisnahme	81
(b) Das Transportrisiko	82
(c) Das Verfälschungsrisiko	82
(aa) Verfälschung durch Erklärungsboten	82
(bb) Verfälschung durch Empfangsboten	82
(d) Die Sonderproblematik des Sprachrisikos	83
(4) Die Zugangsvereitelung	84
bb. Zugang unter Anwesenden	84
c. Geschäftsunfähigkeit und beschränkte Geschäftsfähigkeit des Empfängers (§ 131 BGB)	85
aa. Geschäftsunfähigkeit des Erklärungsempfängers (§ 131 Abs. 1 BGB)	85
bb. Beschränkte Geschäftsfähigkeit des Erklärungsempfängers (§ 131 Abs. 2 BGB)	85
(1) Einseitige Rechtsgeschäfte	85
(2) Verträge	85
d. Formwahrung als Zugangsvoraussetzung?	86
aa. Die herrschende Ansicht zum Zugang formgebundener Erklärungen	86
bb. Kritik	87
2. Abgabe als Wirksamkeitserfordernis?	88
III. Wirksamkeitshindernisse (Nichtigkeitsgründe)	89
1. § 105 BGB	90
a. Nichtigkeit wegen Geschäftsunfähigkeit (§ 105 Abs. 1 BGB)	90
aa. Regelungsgehalt und Problematik des § 105 Abs. 1 BGB	90
bb. Die Sonderregelung des § 105 a BGB	92
cc. Die Modifizierung des § 105 Abs. 1 BGB durch § 4 Abs. 2 WBGV	92
b. Nichtigkeit wegen Störungen der Geistestätigkeit (§ 105 Abs. 2 BGB)	92
2. §§ 116–118 BGB (Willensvorbehalte)	93
a. § 116 Satz 2 BGB (dem Empfänger bekannter innerer Vorbehalt)	93
b. § 117 BGB (Scheinerklärung und Scheingeschäft)	93
aa. Die Scheinerklärung gemäß § 117 Abs. 1 BGB	94

bb. Das verdeckte Rechtsgeschäft gemäß § 117 Abs. 2 BGB	95
c. § 118 BGB (Mangel der Ernstlichkeit)	97
3. § 388 Satz 2 BGB (Bedingte Aufrechnungserklärung)	98
IV. Ausgrenzung von Fragen, die nicht die Wirksamkeit von Willens-	
erklärungen betreffen	99
1. Sittenwidrigkeit, Gesetzeswidrigkeit	99
2. Verstoß gegen Formvorschriften	100
3. Beschränkte Geschäftsfähigkeit	100
4. Fehlen von Vertretungsmacht	103
5. Fehlendes Erklärungsbewusstsein, mangelnder Geschäftswille	103
6. Anfechtung	104
a. Rechtslage nach Zustandekommen des Rechtsgeschäfts	104
b. Rechtslage vor Zustandekommen des Rechtsgeschäfts	105
7. Widerruf gemäß § 355 Abs. 1 Satz 1 BGB	106
a. Rechtslage nach Zustandekommen des Vertrages	106
b. Rechtslage vor Zustandekommen des Vertrages	108
§ 7 Die Wirkungen der Willenserklärung	108
I. Das Zustandekommen des Rechtsgeschäfts als Wirkung der Willens-	
erklärung(en)	108
II. Die Bindung an den Antrag im Unterschied zu der Bindung an den Vertrag	109
III. Die Gebundenheit an die Erklärung in § 355 Abs. 1 Satz 1 BGB	109

3. Kapitel: Verträge

Vorbemerkung	111
§ 8 Das Zustandekommen von Verträgen	112
I. Die auf den Abschluss des Vertrages gerichteten Willenserklärungen	112
1. Der Abschluss des Vertrages im Wege der Annahme des Antrags	
(§§ 145 ff BGB)	112
a. Der Antrag	113
aa. Der Tatbestand des Antrags	113
(1) Inhaltliche Bestimmtheit	113
(a) Vertragswesentliche Bestimmungen („essentialia	
negotii“)	113
(aa) Vertragsparteien	113
(bb) Entgeltlichkeit	114
(cc) Vertragsspezifische Pflichten	114
(dd) Sonstige essentialia	114
(b) Ergänzende Bestimmungen („accidentalia negotii“)	115
(c) Die Ausräumung von Unklarheiten des Antrags durch	
Auslegung	115
(2) Eröffnung einer annahmefähigen Position für den	
Empfänger („Rechtsbindungswille“)	115
(3) Ausdrückliche/konkludente Erklärung	117
bb. Die Wirksamkeit des Antrags	118
(1) Wirksamkeitserfordernisse	118
(2) Wirksamkeitshindernisse (Nichtigkeitsgründe)	119

(3) Umstände, die die Wirksamkeit des Antrags nicht beeinträchtigen	119
cc. Die Wirkungen des Antrags	119
(1) Die annahmefähige Position für den Empfänger	120
(2) Die Bindung an den Antrag	121
dd. Das Erlöschen des Antrags	122
b. Die Annahmeerklärung	122
aa. Der Tatbestand der Annahmeerklärung	122
(1) Ausgrenzungen	123
(2) Ausdrückliche/konkludente Erklärung	123
(3) Schweigen als Annahme?	124
(a) Der Grundsatz: Schweigen gilt nicht als Zustimmung	124
(b) Die Ausnahmen	125
(aa) Verabredete Erklärungsbedeutung des Schweigens ...	125
(bb) Gesetzlich normierte Erklärungsbedeutung des Schweigens	126
(cc) Ausgrenzung: Das Schweigen auf ein kaufmänni- sches Bestätigungsschreiben	126
(4) Annahme durch „sozialtypisches Verhalten“?	127
(5) Verspätete und modifizierte Annahme	127
(a) Verspätete Annahme (§ 150 Abs. 1 BGB)	127
(b) Modifizierte Annahme (§ 150 Abs. 2 BGB)	128
bb. Die Wirksamkeit der Annahmeerklärung	129
cc. Die Wirkung der Annahmeerklärung	131
2. Der Abschluss des Vertrages durch gemeinsame Zustimmung zu einem Vertragstext	131
a. Die Festlegung des Inhalts der vertraglichen Regelung	132
b. Die In-Geltung-Setzung der vertraglichen Regelung	133
c. Die Wirksamkeit der auf den Abschluss des Vertrages gerichteten Erklärungen	134
3. Mischformen und Abwandlungen der Grundtechniken des Vertrags- schlusses	134
4. Anhang: Der Vertragsschluss im Internet	136
a. Der gewöhnliche Vertragsschluss	136
b. Der Vertragsschluss bei sog. Internet-Auktionen	137
II. Konsens und Dissens	139
1. Der Umfang des erforderlichen Konsenses	139
2. Die Erreichung des Konsenses	140
a. Der faktische Konsens	140
aa. Terminologie	140
bb. Die Ermittlung des faktischen Konsenses	140
cc. Der Vorrang des faktischen Konsenses gegenüber dem Wortlaut der Erklärungen: „falsa demonstratio non nocet“	141
dd. Der faktische Konsens beim Vertragsschluss durch Vertreter	142
(1) Die Maßgeblichkeit des Willens des Vertreters (§ 166 Abs. 1 BGB)	142
(2) Die Grundsätze der Rechtsprechung zu unternehmens- bezogenen Geschäften	143
(a) Das Unternehmen als Vertragspartner	143

(b) Der Unternehmensträger als „das Unternehmen“	144
ee. Faktischer Konsens und Irrtumsanfechtung	144
b. Der normative Konsens	144
c. Gesetzliche Fiktionen rechtsgeschäftlichen Konsenses	146
3. Der Dissens	146
a. Die Unterscheidung von „offenem“ und „verstecktem“	
Dissens	147
aa. § 154 Abs. 1 BGB („offener Dissens“)	147
bb. § 155 BGB („versteckter Dissens“)	147
(1) § 155 als Aufhebung der Abschluss-Sperre des § 154 BGB ..	148
(2) § 155 BGB als Regelung des Dissenses in den Erklärungen .	148
b. Rechtsfolgen des Dissenses	149
aa. Grundsatz: Der Dissens als Hindernis für das Zustandekommen	
des Vertrages	149
bb. Ausnahmen	150
III. Der Inhalt des Vertrages	150
1. Die Bestimmung des Inhalts des Vertrages anhand des Konsenses der	
Vertragsschließenden	150
a. Auslegung der Willenserklärungen	150
b. Auslegung des Vertrages	151
2. Die Schließung von Lücken des Vertrages im Wege der ergänzenden	
Vertragsauslegung	151
3. Gesetzliche Eingriffe in den Inhalt eines Vertrages	154
4. Die Bestimmung des rechtlich maßgeblichen Inhalts beurkundeter	
Verträge	155
IV. Die Bedeutung eines kaufmännischen Bestätigungsschreibens für	
Zustandekommen und Inhalt eines Vertrages	156
1. Grundlagen und Regelungstechnik	156
2. Einzelheiten	157
a. Die Rechtsfolgenanordnung	157
b. Der Anwendungsbereich der Grundsätze	158
c. Voraussetzungen für das Eingreifen der Fiktion	158
d. Hindernisse	158
aa. Unverzüglicher Widerspruch	158
bb. Vorsätzliche Abweichung von den getroffenen Vereinbarungen ...	158
cc. Grobe Abweichung von den getroffenen Vereinbarungen	158
3. Das Bestätigungsschreiben in der Methodik der Fallbearbeitung	159
a. Historische Methode	159
b. Konstruktive Methode	159
V. Der Verbraucherschutz beim Zustandekommen von Verträgen	160
1. Der Anwendungsbereich der Verbraucherschutzvorschriften der	
§§ 312 ff BGB	160
2. Verbraucherschützende Informationspflichten des Unternehmers	161
3. Sonderregelungen zum Zustandekommen und Inhalt von Verbraucher-	
verträgen	161
a. Einbeziehung vorvertraglicher Angaben in den Vertrag	
(§ 312d Abs. 1 Satz 2 BGB)	161
b. Verneinung des Zustandekommens des Vertrages	
(§ 312j Abs. 4 BGB)	161

c. Verneinung der Entstehung vertraglicher Ansprüche (§ 312 a Abs. 2 Satz 2 BGB).....	162
d. Erfordernis ausdrücklicher Vereinbarungen.....	163
e. Ausschluss von „opt-out“-Regelungen (§ 312 a Abs. 3 Satz 2 BGB) ..	163
§ 9 Die Wirksamkeit des Vertrages	164
I. Grundlagen	164
1. Der Begriff der Wirksamkeit eines Vertrages	164
2. Die Unterscheidung zwischen Wirksamkeitserfordernissen und Wirksamkeitshindernissen des Vertrages	165
II. Wirksamkeitserfordernisse	167
1. Verträge Minderjähriger	167
a. Überblick über die gesetzliche Regelung	167
b. Der Anwendungsbereich der besonderen Wirksamkeitserfordernisse (§ 107 BGB)	168
aa. Der missverständliche Wortlaut des § 107 BGB	168
bb. Rechtlich lediglich vorteilhafte Geschäfte	169
cc. Indifferente (neutrale) Geschäfte	171
c. Einwilligung und Genehmigung als besondere Wirksamkeitserfordernisse rechtlich nicht lediglich vorteilhafter Verträge (§ 108 BGB)	172
aa. Die Einwilligung	172
bb. Die Genehmigung	174
(1) Erteilung der Genehmigung durch den gesetzlichen Vertreter	174
(2) Untätigkeit des gesetzlichen Vertreters	174
(3) Verweigerung der Genehmigung durch den gesetzlichen Vertreter	175
d. Die Heilung fehlender Zustimmung durch vollständige Bewirkung der vertragsmäßigen Leistung (§ 110 BGB)	176
aa. Der Geltungsgrund des obligatorischen Vertrages: Konvaleszenz durch Erfüllung	176
bb. Die Bewirkung der vertragsmäßigen Leistung	177
cc. Die Irrelevanz des § 110 BGB für die Entstehung vertraglicher Erfüllungsansprüche gegen den Minderjährigen	178
dd. Ratenzahlungsverträge Minderjähriger	178
ee. Surrogate überlassener Mittel	178
e. Anhang: Die entsprechende Anwendung der §§ 108 ff BGB beim Einwilligungsvorbehalt im Recht der Betreuung (§ 1903 BGB)	179
2. In fremdem Namen geschlossene Verträge	179
a. Dogmatische Grundlagen	179
b. Wirksamkeit kraft Vertretungsmacht	181
aa. Begriffsklärungen: Was ist „Vertretungsmacht“?	181
bb. Entstehung und Fortfall von Vertretungsmacht	182
(1) Vertretungsmacht kraft Gesetzes	182
(2) Vertretungsmacht kraft Rechtsgeschäfts (Vollmacht)	183
(a) Entstehung der Vertretungsmacht	183
(b) Fortfall der Vertretungsmacht	184

(3) Die richterrechtlich entwickelten Rechtssätze zu „Duldungsvollmacht“ und „Anscheinsvollmacht“	185
(a) Duldungsvollmacht	185
(b) Anscheinsvollmacht	186
cc. Der Umfang der Vertretungsmacht	187
(1) Rechtsgeschäftliche Bestimmung des Umfangs der Vertretungsmacht	187
(2) Gesetzliche Bestimmung des Umfangs der Vertretungsmacht	187
dd. Generelle Schranken der Vertretungsmacht	188
(1) Missbrauch der Vertretungsmacht	188
(2) Insihgeschäfte (§ 181 BGB)	189
(a) Selbstkontrahieren und Mehrvertretung	189
(b) Gesetzlich geregelte Ausnahmen	190
(c) Teleologische Reduktion des § 181 BGB	191
(d) Analoge Anwendung des § 181 BGB	192
c. Wirksamkeit kraft Genehmigung (§ 177 BGB)	192
3. Verfügungen im eigenen Namen über fremdes Recht (§ 185 BGB)	193
a. Wirksamkeit kraft Einwilligung (§ 185 Abs. 1 BGB)	193
b. Wirksamkeit kraft Genehmigung (§ 185 Abs. 2 BGB)	195
4. Sonstige Fälle besonderer Wirksamkeitserfordernisse eines Vertrages	196
III. Wirksamkeitshindernisse (Nichtigkeitsgründe)	196
1. Regelungsprobleme und -techniken	196
2. § 125 BGB: Nichtigkeit wegen Formmangels	197
a. Grundlagen	197
aa. Formfreiheit als Grundsatz, Formzwang als Ausnahme	197
bb. Formarten und Formzwecke	198
b. Die Rechtsfolgenanordnung (§ 125 Satz 1 und Satz 2 BGB)	199
aa. Der Bezugspunkt der Nichtigkeitssanktion	199
bb. Die rigide Rechtsfolgenanordnung des § 125 BGB	199
(1) Das Verbot einer Aufweichung von Formvorschriften	200
(2) Korrektive	200
(a) Unzulässigkeit der Berufung auf den Formmangel gemäß § 242 BGB	200
(b) Schadensersatzansprüche wegen schuldhafter Verletzung vorvertraglicher Pflichten (§§ 280 Abs. 1, 241 Abs. 2, 311 Abs. 2 BGB)	200
cc. Die (gelegentliche) Möglichkeit der Heilung eines Form- mangels	201
c. Der Verstoß gegen gesetzliche Formvorschriften (§ 125 Satz 1 BGB)	201
aa. Schriftform	202
(1) Der Bezugspunkt des Formerfordernisses	202
(2) Die Formmerkmale	202
(a) Die allgemeinen Merkmale der Schriftform (§ 126 Abs. 1 BGB)	202
(aa) Die Urkunde	202
(bb) Der Aussteller	203

(cc) Die Namensunterschrift	203
(b) Die Schriftform bei Verträgen (§ 126 Abs. 2 BGB)	204
(3) Der Verstoß gegen die Formvorschrift	205
(4) Die Ersetzung der Schriftform durch die elektronische Form	206
(a) Die elektronische Form	206
(b) Abgrenzung: Textform	206
bb. Notarielle Beurkundung	207
(1) Anwendungsfälle	207
(2) Das Verfahren der notariellen Beurkundung	208
(3) Der Mangel der Form	208
(a) Fehlende notarielle Beurkundung	208
(b) Unrichtige Beurkundung	208
(c) Unvollständige Beurkundung	210
(4) Der Verstoß gegen die Formvorschrift	210
d. Der Verstoß gegen gewillkürte Formerfordernisse (§ 125 Satz 2 BGB)	210
aa. Die Rechtsfolgeanordnung	210
bb. Die vertragliche Begründung und Aufhebung von Form- erfordernissen	211
cc. Gesetzliche Modifikationen der gewillkürten Schriftform gegenüber der gesetzlich bestimmten Schriftform	212
3. § 134 (Gesetzesverstoß)	212
a. Die Rechtsfolgeanordnung	212
b. Das Verbotsgesetz	212
c. Geltungserhaltende Reduktion	214
4. §§ 135–137 (Verfügungsverbote)	215
a. § 135 BGB	215
b. § 136 BGB	216
c. § 137 BGB	217
5. § 138 (Verstoß gegen die guten Sitten)	217
a. Wucher (§ 138 Abs. 2 BGB)	217
aa. Die objektiven Tatbestandsmerkmale	218
(1) Rechtsgeschäft	218
(2) Auffälliges Missverhältnis von Leistung und Gegenleistung	218
bb. Die subjektiven Tatbestandsmerkmale	219
(1) Mangel an Urteilsvermögen	219
(2) Erhebliche Willensschwäche	219
(3) Unerfahrenheit	219
(4) Zwangslage	220
(5) Ausbeutung durch die andere Seite	220
cc. Das Verhältnis der objektiven und subjektiven Merkmale zueinander	220
b. Die Generalklausel (§ 138 Abs. 1 BGB)	220
aa. Funktion und Handhabung des § 138 Abs. 1 BGB	220
bb. Beispiele	221
(1) Wucherähnliche Rechtsgeschäfte	222
(2) Wirtschaftlich nicht werthaltige Bürgschaften naher Familienangehöriger	223

(3) Knebelungsverträge	224
(4) Verstoß gegen wesentliche Gemeinschaftsinteressen	225
(5) Beschränkungen eines Kernbereichs persönlicher Entscheidungsfreiheit	225
cc. Ausgrenzungen	226
(1) § 123 Abs. 1 BGB	226
(2) ProstitutionsG	226
dd. Die Rechtsfolgenanordnung	227
6. § 142 Abs. 1 BGB (Nichtigkeit infolge Anfechtung)	227
7. § 139 BGB (Teilnichtigkeit und Gesamtnichtigkeit)	227
a. Tatbestandliche Voraussetzungen	227
aa. Geschäftseinheit	227
bb. Teilbarkeit	228
b. Die Rechtsfolgenanordnung	229
IV. Rechtliche Erheblichkeit nichtiger Verträge	229
1. „Doppelwirkungen im Recht“	230
2. Der Zugriff auf den Inhalt nichtiger Verträge	230
3. Die Umdeutung nichtiger Verträge gemäß § 140 BGB	231
a. Das nichtige Rechtsgeschäft	231
b. Das andere Rechtsgeschäft	231
c. Der hypothetische Geltungswille der Kontrahenten	232
d. Der Vorbehalt der Schutzzwecke der Nichtigkeitsnorm	232
4. Die Bestätigung eines nichtigen Vertrages (§ 141 BGB)	233
§ 10 Die Wirkungen des Vertrages	233
I. Der gesetzliche Regelfall	234
II. Vertragliche Vereinbarungen über Beginn und Ende der Wirkungen des Vertrages	234
1. Überblick und Terminologie	234
a. Anknüpfung an zukünftige Ereignisse, deren Eintritt gewiss ist	234
b. Anknüpfung an zukünftige Ereignisse, deren Eintritt ungewiss ist	235
c. Ausgrenzung von Rechtsbedingungen	235
2. Regelungen über den Beginn der Wirkungen des Vertrages	235
a. Vereinbarung eines Anfangstermins	235
b. Vereinbarung einer aufschiebenden Bedingung	236
3. Regelungen über das Ende der Wirkungen des Vertrages	237
a. Vereinbarung eines Endtermins	237
b. Vereinbarung einer auflösenden Bedingung	237
III. Eintritt und Ausfall von Bedingungen	238
IV. Rechtliche Regelungen zur Schwebezeit	239
1. Schadensersatzansprüche (§ 160 BGB)	239
2. Relative Unwirksamkeit von Zwischenverfügungen (§ 161 BGB)	240
V. Die Wirkungen des Vertrages als Sanktionsebene gesetzlicher Regelungen	241
1. Unvollkommene Verbindlichkeiten	241
2. Fehlen/Wegfall der Geschäftsgrundlage (§ 313 BGB)	241
3. Die inhaltliche Modifikation der Wirkungen eines Verbraucherdarlehensvertrages gemäß § 494 BGB	242

4. Kapitel: Einseitige Rechtsgeschäfte

§ 11 Überblick	243
I. Definition und Beispiele einseitiger Rechtsgeschäfte	243
II. Arten einseitiger Rechtsgeschäfte	244
1. Einseitig-gestaltende Rechtsgeschäfte	244
2. Sonstige einseitige Rechtsgeschäfte	244
III. Die Dogmatik einseitiger Rechtsgeschäfte	245
1. Das Zustandekommen des einseitigen Rechtsgeschäfts durch eine einzige Willenserklärung	245
a. Der Tatbestand der Willenserklärung	245
b. Die Wirksamkeit der Willenserklärung	246
aa. Wirksamkeitserfordernisse	246
bb. Wirksamkeitshindernisse	247
c. Die Wirkung der Willenserklärung	248
2. Die Wirksamkeit des einseitigen Rechtsgeschäfts	248
a. Wirksamkeitserfordernisse	248
aa. Gestaltungsrechte als besondere Wirksamkeitserfordernisse einseitig-gestaltender Rechtsgeschäfte	248
bb. Sonstige Wirksamkeitserfordernisse	249
b. Wirksamkeitshindernisse	250
aa. Besondere Wirksamkeitshindernisse einseitiger Rechts- geschäfte	250
bb. Allgemeine Wirksamkeitshindernisse von Rechtsgeschäften (Nichtigkeitssgründe)	250
3. Die Wirkungen des einseitigen Rechtsgeschäfts	253
a. Einseitige Rechtsgeschäfte als tatbestandliche Voraussetzung gesetzlicher Rechtsfolgenanordnungen	253
b. Die Unterscheidung der Wirkungen eines einseitigen Rechts- geschäfts von dessen Wirksamkeit	253
§ 12 Zustimmungen und Verweigerung der Genehmigung	254
I. Grundlagen	254
II. Die Einwilligung	255
1. Die Erklärung der Einwilligung	256
a. Tatbestand der Einwilligungserklärung	256
b. Wirksamkeit der Einwilligungserklärung	256
2. Die Wirksamkeit der Einwilligung	256
a. Wirksamkeitserfordernisse	257
b. Wirksamkeitshindernisse	257
aa. Besondere Wirksamkeitshindernisse einseitiger Rechts- geschäfte	257
bb. Allgemeine Nichtigkeitsgründe für Rechts- geschäfte	257
3. Der Widerruf der Einwilligung	258
a. Die Vornahme des Rechtsgeschäfts	258
b. Der Ausschluss der Widerruflichkeit	259
4. Die Wirkung der Einwilligung	259
III. Die Genehmigung	260

1. Die Erklärung der Genehmigung	260
a. Der Tatbestand der Genehmigungserklärung	260
b. Die Wirksamkeit der Genehmigungserklärung	260
2. Die Wirksamkeit der Genehmigung	261
3. Die Wirkung der Genehmigung	261
IV. Die Verweigerung der Genehmigung	261
1. Die Verweigerung der Genehmigung als eigenständiges Rechts- geschäft	261
2. Die gesetzliche Fiktion der Verweigerung der Genehmigung	262
§ 13 Die Erteilung von Vollmacht	262
I. Grundlagen	262
II. Die Erklärung der Bevollmächtigung	263
1. Der Tatbestand der Bevollmächtigungserklärung	263
2. Die Wirksamkeit der Bevollmächtigungserklärung	264
III. Die Wirksamkeit der Bevollmächtigung	265
1. Wirksamkeitserfordernisse	265
2. Wirksamkeitshindernisse	265
a. Besondere Regelungen zur Unwirksamkeit einseitiger Rechts- geschäfte	265
b. Die allgemeinen Vorschriften zur Nichtigkeit von Rechts- geschäften	265
aa. § 138 Abs. 1 BGB	265
bb. § 134 BGB	266
cc. § 125 Satz 1 BGB	266
dd. § 139 BGB	267
ee. § 142 Abs. 1 BGB (Anfechtung der Bevollmächtigung)	267
IV. Die Wirkungen der Bevollmächtigung	269
1. Rechtsgeschäftliche Bestimmungen zu Entstehung und Fortfall der Vertretungsmacht	269
2. Rechtsgeschäftliche Bestimmungen zu Inhalt und Umfang der Vertretungsmacht	269
V. Der Widerruf der Vollmacht	270
1. Die Erklärung des Widerrufs	270
2. Die Wirksamkeit des Widerrufs	270
a. Der Grundsatz der freien Widerruflichkeit	270
b. Einschränkungen der Widerruflichkeit	270
3. Die Wirkungen des Widerrufs	271
a. Grundsatz: Erlöschen der Vollmacht	271
b. Ausnahme: Fortbestehen von Vertretungsmacht trotz wirksamen Widerrufs	271
§ 14 Die Anfechtung	271
I. Die Erklärung der Anfechtung	272
1. Der Tatbestand der Anfechtungserklärung	272
2. Die Wirksamkeit der Anfechtungserklärung	273
a. Der Zugang als Wirksamkeitserfordernis	273
b. Wirksamkeitshindernisse	274
aa. Allgemeine Vorschriften	274
bb. Die analoge Anwendung von § 388 Satz 2 BGB	274

(1) Die Unzulässigkeit einer bedingten Anfechtung	274
(2) Die Zulässigkeit der Eventualanfechtung	274
II. Die Wirksamkeit der Anfechtung	275
1. Das Recht zur Anfechtung	277
a. Die Entstehung des Anfechtungsrechts: Anfechtungsgründe	277
aa. Der Erklärungsirrtum (§ 119 Abs. 1 Var. 2 BGB)	277
(1) Definition und Abgrenzung zum Inhaltsirrtum gemäß § 119 Abs. 1 Var. 1 BGB	277
(2) Irrtum/Vorrang der Auslegung	278
(3) Irrtum bei Abgabe der Erklärung	279
(4) Die Anfechtbarkeit einer ohne Erklärungsbewusstsein abge- gebenen Erklärung gemäß § 119 Abs. 1 Var. 2 BGB	281
bb. Der Inhaltsirrtum (§ 119 Abs. 1 Var. 1 BGB)	281
(1) Irrtum/Vorrang der Auslegung	282
(2) Inhaltsirrtum und normativer Konsens	282
(3) Ausgrenzung: Irrtum über gesetzliche Rechtsfolgen des Rechtsgeschäfts	283
cc. Fehlerhafte Übermittlung durch Erklärungsboten (§ 120 BGB)	284
dd. Der Eigenschaftsirrtum (§ 119 Abs. 2 BGB)	286
(1) Verkehrswesentliche Eigenschaften der Sache	286
(2) Verkehrswesentliche Eigenschaften der Person	287
(3) Irrtum und Kausalität des Irrtums	288
(4) Ausschluss der Anfechtbarkeit	288
(a) Vorrang gesetzlicher Sonderregelungen	288
(b) Vertraglicher Ausschluss der Anfechtbarkeit	289
ee. Arglistige Täuschung (§ 123 Abs. 1 Var. 1 BGB)	290
(1) Täuschung durch aktives Tun	291
(2) Die Täuschung durch Unterlassen gebotener Aufklärung	292
(3) Kausalität	294
(4) Arglist	295
(5) Einschränkungen der Anfechtbarkeit bei einer Täuschung durch Dritte (§ 123 Abs. 2 BGB)	296
ff. Widerrechtliche Drohung (§ 123 Abs. 1 Var. 2 BGB)	298
(1) Die Drohung	298
(2) Die Widerrechtlichkeit der Drohung	298
(3) Die Kausalität der Drohung für die Abgabe der Willens- erklärung	299
b. Der Fortfall des Anfechtungsrechts	299
aa. Fortfall durch Ablauf der Anfechtungsfrist (§§ 121, 124 BGB) ...	299
bb. Fortfall durch Bestätigung (§ 144 BGB) und Verzicht	300
c. Der Inhaber des Anfechtungsrechts	301
2. Sonstige Wirksamkeitserfordernisse und -hindernisse	302
III. Die Wirkung der Anfechtung	302
1. Die ex-tunc-Nichtigkeit des angefochtenen Rechtsgeschäfts (§ 142 Abs. 1 BGB)	302
a. Die Rückabwicklung von Verträgen infolge der Nichtigkeit	302
b. Die Anfechtung nichtiger Verträge: Doppelwirkungen im Recht	303
2. Einschränkungen der ex-tunc-Nichtigkeit	304

3. Die Aufrechterhaltung des angefochtenen Rechtsgeschäfts mit dem vom Irrenden gemeinten Inhalt	304
 5. Kapitel: Schadensersatzansprüche aus rechtsgeschäftlichem Verhalten	
Vorbemerkungen	307
I. Die Besonderheiten der Haftung gemäß § 122 und § 179 BGB	307
II. Die Haftung für Verschulden beim Vertragsschluss (culpa in contrahendo)	308
§ 15 Die Haftung des Anfechtenden gemäß § 122 BGB	308
I. Tatbestandliche Voraussetzungen gemäß § 122 Abs. 1 BGB	308
II. Hindernisse	309
1. Mangelnde Kausalität der Anfechtung	309
2. Ausschluss der Haftung gemäß § 122 Abs. 2 BGB	309
III. Inhalt und Umfang des Ersatzanspruchs	310
1. Die Modifizierung des § 249 Abs. 1 BGB durch § 122 Abs. 1 BGB	310
2. Der Vertrauensschaden (das „negative Interesse“)	311
3. Die Begrenzung der Ersatzfähigkeit des Vertrauensschadens durch das positive Interesse	312
4. Entsprechende Anwendung des § 254 BGB?	313
IV. Die analoge Anwendung des § 122 BGB	313
§ 16 Die Haftung des Vertreters ohne Vertretungsmacht gemäß § 179 BGB	314
I. Grundlagen	314
1. Haftungsgrund und Haftungsschema	314
2. Beweislastverteilung	316
II. Die Haftung auf Erfüllung oder das Erfüllungsinteresse (§ 179 Abs. 1 BGB)	317
1. Voraussetzungen	317
a. Abschluss eines Vertrages in fremdem Namen	317
b. Verweigerung der Genehmigung	317
2. Hindernisse	318
a. Nachweis der Vertretungsmacht	318
b. Nicht-Zustandekommen des Vertrages oder Unwirksamkeit des Vertrages aus sonstigen Gründen	318
c. Kenntnis oder Kennenmüssen des anderen Teils vom Mangel der Vertretungsmacht	318
d. Unkenntnis des Vertreters vom Mangel der Vertretungsmacht	319
3. Rechtsfolgen	319
a. Erfüllung des Vertrages	319
b. Schadensersatz	319
III. Die Haftung auf den Vertrauensschaden (§ 179 Abs. 2 BGB)	320
1. Tatbestandliche Abweichung gegenüber § 179 Abs. 1 BGB	320
2. Die Rechtsfolge	320
IV. Die entsprechende Anwendung des § 179 BGB	320
§ 17 Die Haftung aus culpa in contrahendo gemäß §§ 280 Abs. 1, 311 Abs. 2 und 3, 241 Abs. 2 BGB	321

I. Grundlagen	321
II. Tatbestandliche Voraussetzungen und Hindernisse der Haftung	322
1. Voraussetzungen	323
a. Vorvertragliches gesetzliches Schuldverhältnis	323
aa. Die inhaltlichen Kriterien des § 311 Abs. 2 BGB	323
bb. Die personelle Erweiterung auf Dritte (§ 311 Abs. 3 BGB)	324
(1) Drittschutz	324
(2) Dritthaftung	325
b. Pflichtverletzung	325
aa. Pflichten gemäß § 241 Abs. 2 BGB	326
(1) Pflichten zur Förderung der vertraglichen Willensbildung des anderen Teils	326
(a) Wahrheitspflicht	326
(aa) Grundsatz	326
(bb) Ausnahme	327
(b) Aufklärungspflichten	327
(aa) Kriterien der Statuierung von Aufklärungspflichten	327
(bb) Gegenstand und Inhalt von Aufklärungspflichten	329
(c) Vorvertragliche Pflichten hinsichtlich der Formulierung des eigenen und der Ermittlung des gegnerischen rechtsgeschäftlichen Willens?	329
(2) Schutzpflichten zur Erhaltung der Rechte und Rechtsgüter des anderen Teils	330
bb. Verletzung der Pflichten zur Förderung der Willensbildung des anderen Teils	331
2. Hindernis: Pflichtverletzung nicht zu vertreten (§ 280 Abs. 1 Satz 2 BGB)	331
a. Haftung für eigenes Verschulden (§ 276 Abs. 1 Satz 1 BGB)	331
aa. Inhalt und Bezugspunkt des Verschuldens	331
bb. Der Haftungsmaßstab	332
b. Haftung für fremdes Verschulden (§ 278 BGB)	333
III. Kausalität der Pflichtverletzung für den eingetretenen Schaden	333
IV. Ersatzfähigkeit des geltend gemachten Schadens	334
V. Inhalt und Umfang des Ersatzanspruchs	335
1. Inhalt	335
a. Abschluss eines Vertrages mit einem Dritten	335
b. Abschluss eines wirksamen Vertrages	335
c. Bloßes Unterbleiben des Abschlusses des Vertrages mit dem Vertragspartner	336
d. Abschluss des Vertrages mit dem Vertragspartner zu günstigeren Konditionen	336
2. Umfang	337

6. Kapitel: Die Verjährung von Ansprüchen

§ 18 Grundlagen	339
I. Gegenstand und Wirkung der Verjährung	339
II. Funktionen der Verjährung	340

III. Regelungstechniken der Verjährung	340
1. Fristbeginn	341
2. Lauf der Frist	341
3. Neubeginn der Verjährung	342
§ 19 Die regelmäßige Verjährungsfrist und andere Fristen	343
I. Die regelmäßige Verjährungsfrist (§§ 195, 199 BGB)	343
1. Die Entstehung des Anspruchs	344
2. Kenntnis oder grobfahrlässige Unkenntnis von den anspruchsbegründenden Umständen und der Person des Schuldners	345
3. Jahresschluss	345
4. Die „Deckelung“ der subjektiven Frist (§ 199 Abs. 1 BGB) durch objektive Höchstfristen (§ 199 Abs. 2–4 BGB)	346
II. Andere Verjährungsfristen (§ 200 BGB)	347
1. Andere Verjährungsfristen in den §§ 193 ff BGB	347
2. Andere Verjährungsfristen außerhalb der §§ 193 ff BGB	348

7. Kapitel: Allgemeine Geschäftsbedingungen

§ 20 Grundlagen des AGB-Rechts	349
I. Definition der AGB	349
1. Vertragsbedingungen	349
2. Vorformulierung	350
3. Vielzahl von Verträgen	350
4. „Stellen“ der Bedingungen	351
5. Ausgrenzung von Individualvereinbarungen	351
II. Funktionen von AGB	352
III. Vorteile von AGB für den Verwender	352
IV. Gefahren von AGB für den Kunden	353
V. Die Entwicklung eines eigenständigen AGB-Rechts	354
§ 21 Die rechtliche Kontrolle von AGB	354
I. Die Einbeziehung von AGB in den Vertrag	355
1. Erfordernisse der Einbeziehung (§ 305 Abs. 2 BGB)	355
a. Anwendungsbereich des § 305 Abs. 2	355
b. Die kumulativen Anforderungen des § 305 Abs. 2 BGB	356
aa. Ausdrücklicher Hinweis oder deutlich sichtbarer Aushang (§ 305 Abs. 2 Nr. 1 BGB)	356
bb. Zumutbare Möglichkeit der Kenntnisnahme (§ 305 Abs. 2 Nr. 2 BGB)	356
cc. Einverständniserklärung der anderen Vertragspartei	357
2. Hindernisse der Einbeziehung	358
a. Der Vorrang von Individualabreden (§ 305 b BGB)	358
b. Überraschende Klauseln (§ 305 c BGB)	359
c. Kollidierende AGB der anderen Vertragspartei	360
II. Die rechtlich maßgebliche Bedeutung von AGB	361
1. Die allgemeinen Auslegungsregeln	361
a. Die natürliche Auslegung	361
b. Die normative Auslegung	361

2. Die Ausräumung verbleibender Zweifel (§ 305 c Abs. 2 BGB)	362
III. Die Unwirksamkeit von AGB (§§ 307 ff BGB)	363
1. Der Anwendungsbereich der Vorschriften über die Inhaltskontrolle von AGB	363
2. Das systematische Verhältnis der Vorschriften über die Inhaltskontrolle zueinander	364
3. Beispiele zur Inhaltskontrolle	364
a. § 309 BGB	364
b. § 308 BGB	365
c. § 307 BGB	366
4. Das Verbot der geltungserhaltenden Reduktion	367
IV. Die Rechtsfolgen der Nichteinbeziehung und der Unwirksamkeit von AGB	368
1. Zustandekommen und Wirksamkeit des Vertrages	369
2. Der Inhalt des Vertrages	369
a. Ergänzung des Vertrages durch gesetzliche Vorschriften	369
b. Lückenfüllung durch ergänzende Vertragsauslegung	370

TEIL 2: Die Rechtsgeschäftslehre in der Methodik der Fallbearbeitung

8. Kapitel: Methoden

§ 22 Die Arbeit am Fall: Die Gutachtenmethode	371
I. Grundlagen	371
1. Der Gutachtenstil als Gegensatz zum Urteilsstil	371
2. Die „konstruktive“ Methode als Regel, die „historische“ Methode als seltene Ausnahme	371
II. Von der Rechtsfolgeanordnung zurück zu deren Voraussetzungen	372
1. Die Anspruchsgrundlage als Ausgangspunkt der Anspruchsprüfung	373
2. Rechtsfolgeanordnungen als Aufhänger der Prüfung von Einzelfragen ...	373
III. Der Aufbau des Gutachtens: Die Prüfung am richtigen Ort	374
1. Die Reihenfolge von Anspruchsprüfungen	374
a. Vorrang- und Nachrang-Regeln	374
aa. Der Vorrang von Ansprüchen im Rahmen von Sonderbeziehungen	374
bb. Der Vorrang von Spezialregelungen	374
b. Nachrangregelungen	374
c. Vermeidung von Inzidentprüfungen	375
2. Die Umsetzung denkgesetzlicher, materiell-rechtlicher und dogmatischer Vorgaben im Aufbau des Gutachtens	375
a. Denkgesetze	375
b. Materielles Recht	375
c. Dogmatik	376
3. Zweckmäßigkeitserwägungen	377
IV. Überflüssiges ist falsch	377
V. Die sprachliche Gestaltung des Gutachtens	378
1. Fachsprache: ja! – Juristendeutsch: nein!	379

2. Vermeidung von starren Schematismen und leeren Floskeln	379
a. Die Einleitungssätze einer Anspruchsprüfung	379
b. Die Floskel „Es ist zu prüfen, ob ...“	380
3. Kraftausdrücke und Evidenzbehauptungen	381
§ 23 Die Arbeit am Gesetz: Grundwissen Methodenlehre	381
I. Was leistet die Methodenlehre – was leistet sie nicht?	381
II. Die Subsumtion	382
III. Die Auslegung des Gesetzes	383
1. Die Auslegungsbedürftigkeit des Gesetzes	383
2. Das Ziel der Auslegung des Gesetzes	384
3. Die vier klassischen Auslegungskriterien	385
a. Die grammatische Auslegung	385
aa. Der mögliche Wortsinn als Grenze der Auslegung	385
bb. Fachsprache und Legaldefinitionen	386
b. Die historische Auslegung	387
c. Die systematische Auslegung	388
d. Die teleologische Auslegung	389
aa. „Der Zweck“ oder „die Zwecke“ des Gesetzes?	390
bb. Die Ermittlung der Zwecke des Gesetzes	390
4. Die verfassungskonforme Auslegung.....	391
5. Die richtlinienkonforme Auslegung	392
IV. Rechtsfortbildung	394
1. Die Lücke des Gesetzes als Voraussetzung der Rechtsfortbildung	394
a. Die Lücke als planwidrige Unvollkommenheit des Gesetzes	395
aa. Normlücken	395
bb. Offene Lücken	395
cc. Verdeckte Lücken	396
b. Ausgrenzungen	396
2. Die Ausfüllung offener Lücken im Wege der Analogie	398
3. Die Ausfüllung verdeckter Gesetzeslücken im Wege der teleologischen Reduktion	398
4. Die richtlinienkonforme Rechtsfortbildung	399
5. Die allgemeine Rechtsfortbildung	400
V. Regelungstechniken des Gesetzes	400
1. Normative Festlegungen von Regel-Ausnahme-Verhältnissen	400
2. Erfordernisse und Hindernisse des Eintritts einer Rechtsfolge	401
3. Vermutungen	402
a. Gesetzliche Vermutungen	402
aa. Widerlegliche Vermutungen	402
bb. Unwiderlegliche Vermutungen	402
b. Abgrenzung: Tatsächliche Vermutungen	403
4. Verweisungen	403
a. Rechtsfolgeverweisungen	403
b. Rechtsgrundverweisungen	404
5. Fiktionen	404
VI. Juristische Schlusstechniken	405
1. Der Erst-recht-Schluss	405
2. Der Umkehrschluss	406

3. Der Rückschluss aus sinnwidrigen Ergebnissen (reductio ad absurdum)	407
VII. Die Lehre von den Konkurrenzen	407
1. Die Spezialität	407
2. Die Subsidiarität	407
 9. Kapitel: Einzelne Rechtsgebiete in der Methodik der Fallbearbeitung	
Vorbemerkung	409
§ 24 Das Trennungs- und Abstraktionsprinzip in der Fallbearbeitung	409
I. Die typischen Fallkonstellationen	409
II. Anspruchsgrundlagen und Prüfungsreihenfolge	410
III. Die dingliche Ebene: Der Herausgabeanspruch gemäß § 985 BGB („Vindikation“)	410
1. Anspruchsvoraussetzungen gemäß § 985 BGB	410
a. Eigentum des Klägers	411
aa. Ursprüngliches Eigentum des Klägers	411
bb. Verlust des Eigentums durch Übereignung	411
(1) Übergabe der Sache	411
(2) Einigung über den Eigentumsübergang	411
(a) Zustandekommen der dinglichen Einigung	411
(aa) Tatbestand der Einigungserklärungen	411
(bb) Wirksamkeit der Einigungserklärungen	412
(b) Wirksamkeit der dinglichen Einigung	412
(aa) Wirksamkeitserfordernisse	412
(bb) Wirksamkeitshindernisse	413
b. Besitz des Beklagten	414
2. Anspruchshindernis gemäß § 986 (Recht des Bekl. zum Besitz)	414
a. Zustandekommen des Kaufvertrages	414
b. Wirksamkeit des Kaufvertrages	414
3. Anspruchsinhalt	414
IV. Die obligatorische Ebene: Der Herausgabeanspruch gemäß § 812 Abs. 1 Satz 1 Var. 1 BGB (Leistungskondiktion)	414
1. Anspruchsvoraussetzungen	415
a. „Etwas erlangt“	415
b. „durch Leistung“ des Klägers	415
c. „ohne rechtlichen Grund“	415
2. Anspruchshindernisse	416
3. Anspruchsinhalt	416
§ 25 Die Entstehung vertraglicher Erfüllungsansprüche in der Fallbearbeitung	417
I. Die Anspruchsgrundlage	417
II. Das Zustandekommen des Vertrages	418
1. Die auf den Abschluss des Vertrages gerichteten Willenserklärungen	418
a. Der Tatbestand der Erklärungen	418
aa. Antrag und Annahme	418
bb. Gemeinsame Zustimmung zu einem Vertragstext	419

b. Die Wirksamkeit der Erklärungen	419
2. Konsens/Dissens	420
a. Konsens	420
b. Der Dissens als Hindernis für das Zustandekommen des Vertrages ...	421
III. Die Wirksamkeit des Vertrages	421
1. Wirksamkeitserfordernisse	421
2. Wirksamkeitshindernisse	421
IV. Die Wirkungen des Vertrages	422
§ 26 Das Recht der beschränkten Geschäftsfähigkeit in der Fallbearbeitung	422
I. Verträge Minderjähriger	422
1. Probleme herkömmlicher Darstellungen	422
a. Die auf den Abschluss des Vertrages gerichtete Erklärung des Minderjährigen	422
b. Die an den Minderjährigen gerichtete Erklärung des anderen Teils ...	423
2. Aufbauvorschlag: Verträge Minderjähriger	423
a. Zustandekommen des Vertrages	424
aa. Die Willenserklärung des Minderjährigen	424
bb. Die Willenserklärung des anderen Teils	424
b. Die Wirksamkeit des Vertrages	424
aa. Besondere Wirksamkeitserfordernisse im Hinblick auf die Minderjährigkeit	425
(1) Anwendungsbereich der Sondervorschriften (§ 107 BGB) ...	425
(2) Die Wirksamkeitserfordernisse im Einzelnen	425
bb. Allgemeine Wirksamkeitshindernisse (Nichtigkeitsgründe)	426
II. Einseitige Rechtsgeschäfte	426
1. Probleme herkömmlicher Darstellungen	426
2. Aufbauhinweise: Einseitige Rechtsgeschäfte	426
a. Die Vornahme einseitiger Rechtsgeschäfte durch Minderjährige	426
aa. Die Willenserklärung	426
bb. Die Wirksamkeit des einseitigen Rechtsgeschäfts	427
(1) Wirksamkeitserfordernisse	427
(2) Wirksamkeitshindernisse	427
b. Die Vornahme einseitiger Rechtsgeschäfte gegenüber Minderjährigen	427
aa. Die Willenserklärung	427
bb. Die Wirksamkeit des einseitigen Rechtsgeschäfts	428
§ 27 Das Recht der Stellvertretung in der Fallbearbeitung	428
I. Kennzeichen und Probleme herkömmlicher Darstellungen	428
1. Die Feststellung des Fehlens einer eigenen Willenserklärung des Vertretenen als Ausgangspunkt	428
2. Die Am-Stück-Prüfung der „Voraussetzungen wirksamer Stellvertretung“	428
II. Das Gegenmodell einer gestreckten Prüfung von Stellvertretungsfragen ...	429
1. Verträge	429
a. Das Zustandekommen des Vertrages	429
aa. Die auf den Abschluss des Vertrages gerichteten Willenserklärungen	429
(1) Tatbestand	429

(2) Wirksamkeit	430
bb. Das Zustandekommen des Vertrages mit dem Vertretenen	431
(1) Faktischer Konsens über den Vertretenen als Vertrags- partner	431
(2) Normativer Konsens über den Vertretenen als Vertrags- partner	431
(3) Abgrenzung zum Eigengeschäft	431
b. Die Wirksamkeit des Vertrages	432
aa. Wirksamkeitserfordernisse	432
(1) Vertretungsmacht	432
(2) Genehmigung	432
(a) Die Erklärung der Genehmigung	432
(b) Die Wirksamkeit der Genehmigung	433
bb. Wirksamkeitshindernisse	433
(1) Die Bedeutung des § 166 Abs. 1 BGB für die Anwendung von Nichtigkeitsnormen	433
(2) Die Bedeutung des § 164 Abs. 2 BGB für § 142 Abs. 1 BGB in Verb. mit § 119 Abs. 1 BGB	434
2. Einseitige Rechtsgeschäfte	434
a. Die auf die Vornahme des einseitigen Rechtsgeschäfts gerichtete Willenserklärung	434
b. Die Wirksamkeit des einseitigen Rechtsgeschäfts	434
§ 28 Das Recht der Willensmängel in der Fallbearbeitung	435
I. Das Recht der Anfechtung in der Fallbearbeitung	435
1. Probleme herkömmlicher Darstellungen	435
2. Der Normalfall: Anfechtung eines Rechtsgeschäfts	436
a. Der methodische Ort der Anfechtungsprüfung im Aufbau der jewei- ligen Anspruchsgrundlage	436
aa. Vertraglicher Erfüllungsanspruch	436
bb. Bereicherungsanspruch gemäß § § 812 Abs. 1 Satz 1 Var. 1 BGB	437
cc. Herausgabeanspruch aus Eigentum gemäß § 985 BGB	437
b. § 142 Abs. 1 BGB als „Aufhänger“ der Anfechtungsprüfung	438
c. Der Aufbau der Prüfung des § 142 Abs. 1 BGB	438
aa. Das Kurzschema: Anfechtungserklärung, Anfechtungsgrund, Anfechtungsfrist	439
bb. Das erweiterte Schema	439
3. Der Sonderfall: Anfechtung einer Willenserklärung	440
II. Scheinerklärung (§ 117 Abs. 1 BGB) und Scheingeschäft (§ 117 Abs. 2 BGB) in der Fallbearbeitung	441
§ 29 Formvorschriften in der Fallbearbeitung	442
I. Verträge	443
1. Zustandekommen des Vertrages	443
a. Die auf den Abschluss des Vertrages gerichteten Willens- erklärungen	443
aa. Tatbestandliches Vorliegen der Willenserklärungen	443
bb. Wirksamkeit der formwidrigen Willenserklärung	443

(1) Wirksamkeitserfordernis: Zugang (§ 130 BGB)	443
(2) Wirksamkeitshindernisse?	444
b. Inhalt des Vertrages	444
2. Wirksamkeit des Vertrages	444
a. Die Rechtsfolgeanordnung des § 125 Satz 1 BGB	444
b. Die Formbedürftigkeit	445
c. Der Formmangel	445
d. Der Verstoß gegen die Formvorschrift im Übrigen	445
II. Einseitige Rechtsgeschäfte	445
§ 30 Fallsammlung	446

ANHANG

§ 31 Begriffe, Definitionen, Erläuterungen	459
Sachverzeichnis	467
Gesetzesregister	477